Deutscher Bundestag **Drucksache 17/12593**

17. Wahlperiode 01. 03. 2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Ingo Egloff, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/11147 –

Kein Port Package III auf Kosten von Arbeitsplätzen und Sicherheit

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, sich gegen ein neues „Port Package III“ auf Kosten von Arbeitsplätzen und Sicherheit zu wenden und sich auf europäischer Ebene gegen Regelungen auszusprechen, die einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutznormen, schlechtere Arbeitsbedingungen und Lohndumping durch die Hintertür bedeuten und Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft gefährden, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Rahmen einer europäischen Hafenpolitik die nationalen Regelungen zur Hafenarbeit nicht beeinträchtigt werden und der Handlungsspielraum erhalten bleibt, um die deutschen Seehäfen auf der Grundlage standortspezifischer Strategien weiterzuentwickeln; sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, auf eine Ausschreibungspflicht für Lotsendienste zu verzichten und sich für einen Fortbestand der in den Mitgliedstaaten bestehenden Lotsorganisationen einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/11147 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Hans-Werner Kammer**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hans-Werner Kammer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11147** in seiner 201. Sitzung am 25. Oktober 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich gegen ein neues „Port Package III“ auf Kosten von Arbeitsplätzen und Sicherheit zu wenden und sich auf europäischer Ebene gegen Regelungen auszusprechen, die einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutznormen, schlechtere Arbeitsbedingungen und Lohndumping durch die Hintertür bedeuten und Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft gefährden, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Rahmen einer europäischen Hafenpolitik die nationalen Regelungen zur Hafenarbeit nicht beeinträchtigt werden und der Handlungsspielraum erhalten bleibt, um die deutschen Seehäfen auf der Grundlage standortspezifischer Strategien weiterzuentwickeln; sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, auf eine Ausschreibungspflicht für Lotsendienste zu verzichten und sich für einen Fortbestand der in den Mitgliedstaaten bestehenden Lotsorganisationen einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/11147 in seiner 88. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 119. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 12. Dezember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Vorlage in seiner 93. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, der Antrag sei schon deshalb abzulehnen, weil die EU-Kommission noch gar kein Port Package III angekündigt habe. Der zuständige EU-Kommissar habe auch immer wieder bekundet, dass die Kommission kein neues Hafenpaket plane, sondern in Bezug auf die Erbringung von Hafendienstleistungen in Kooperation mit den Sozialpartnern ein wettbewerbsorientiertes und offenes Umfeld gewährleisten wolle und flexible Lösungen anstrebe. Bevor man Kritik übe, solle man erst abwarten, was die Kommission überhaupt vorlege.

Die **Fraktion der SPD** bedauerte die Ablehnung ihres Antrags durch die Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Ein von der Kommission im Dezember 2012 zu der Thematik vorgelegter neuer Fragenkatalog unterscheide sich deutlich von der ersten Fassung und versuche Fragen der Liberalisierung in den Mittelpunkt zu stellen. Nach den bislang abgewehrten Port-Package-Vorschlägen der Kommission fürchteten viele, dass es – auch auf Betreiben europäischer Reedereien – einen erneuten Anlauf der Kommission für ein Hafenpaket geben werde.

Die **Fraktion der FDP** bekundete, es gebe für den vorgelegten Antrag derzeit keine Notwendigkeit, da es seitens der EU-Kommission keine Überlegungen gebe, ein Hafenpaket, wie es in dem Antrag beschrieben werde, überhaupt anzustreben. Daher werde man den Antrag ablehnen.

Die Fraktion **DIE LINKE.** forderte, man solle rechtzeitig auf europäischer Ebene Initiativen zum Schutz der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Hafenbeschäftigten entwickeln. Mit einer Annahme des Antrags gebe man der Kommission frühzeitig ein Signal, wie die Bundesrepublik Deutschland zu einer weiteren Liberalisierung der Hafendienstleistungen stehe. Sie bekundete, sie wolle eine europaeinheitliche Regelung nicht generell verhindern, sei aber – auch aus Sicherheitsgründen – gegen eine Regelung, die einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehe.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11147.

Berlin, den 27. Februar 2013

Hans-Werner Kammer
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333